

## Kreistagsdrucksache Nr. 075/16

**AZ. GB4/A43**

Anlagen: 2

### Tagesordnungspunkt

Antrag zum Gäubahn-Ausbau der Fraktion Tübinger Linke im Kreistag

#### Zur Beratung im

Verwaltungs- und Technischer Ausschuss (nicht öffentlich) Vorberatung am 06.07.2016

Kreistag (öffentlich) Beschluss am 20.07.2016

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, den zweigleisigen Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Zürich im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 als „vordringlichen Bedarf“ einzustufen und unterstützt darüber hinaus die im Schreiben des Landrats vom 29.04.2016 an Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Norbert Barthle, MdB, erhobenen Forderungen des Landkreises zum weiteren Ausbau der Zollernbahn und Neckartalbahn sowie zur Beseitigung des Engpasses an der B27 bei Tübingen.

---

#### **Begründung:**

Die Fraktion Tübinger Linke hat mit Schreiben vom 10.06.2016 (Anlage 1) einen Beschluss des Kreistages beantragt, Bundes- und Landesregierung aufzufordern, die Gäubahn im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) als „vordringlichen Bedarf“ einzustufen. Dieselbe Forderung hatte auch Herr Landrat Walter mit Schreiben vom 29.04.2016 an Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Norbert Barthle, MdB, für den Landkreis erhoben (Anlage 2). Außerdem wurde in der Stellungnahme des Landkreises an den Bund appelliert, insbesondere für die Zollernbahn und für die Neckartalbahn zusätzliche qualitätserhaltende Maßnahmen in die Planung aufzunehmen, damit die Elektrifizierung vorangetrieben wird und bestehende Verbindungen nicht gebrochen werden müssen.

Des Weiteren wurde darum gebeten, das Bewertungskriterium „Engpassbeseitigung“ auf den Schindhaubasistunnel auszuweiten, da dort ein erheblicher Engpass für den überregionalen Verkehr besteht.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Stellungnahme (Anlage 2) verwiesen.

Der Kreistag wird gebeten, die im Antrag der Fraktion Tübinger Linke und in der Stellungnahme des Landkreises erhobenen Forderungen an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg zu unterstützen.